

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

41 (18.2.1921)

Die Verhandlungen der Reaktionsären zur Bildung einer Einheitsfront

Als im Reichstage die Pariser Weisung bekannt wurde, bemühte sich die Deutsche Volkspartei, eine sogenannte Einheitsfront herzustellen. Dieselbe Partei, die bei den letzten Reichstagswahlen das deutsche Volk von den „roten Fesseln“ befreien wollte, hätte für die Fahrt nach London gern auch die Sozialdemokratie dabei gehabt. Unsere Fraktion lehnte einmütig ab. Aber die Verhandlungen mit den Deutschnationalen scheiterten, wobei allerdings die Deutschnationalen eine noch zweideutigere Rolle gespielt haben als die famosen Volksparteier. Die Herrschaften sind nun einander in die Haare geraten und beide Parteien veröffentlichen jetzt Darstellungen über den Gang der Verhandlungen. Bemerkenswert ist zweierlei: erstens, daß der deutschnationale Führer Hergt eine Diktatur der Minister vorschlug; zweitens, daß die Herren Volksparteier nur eine Koalition auf wenige Wochen mit den Sozialdemokraten wollen. Nun, die Mühe war umsonst, unsere Genossen ließen die Herrschaften abblitzen. Ueber die Verhandlungen teilt die Volkspartei offiziös mit:

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wurden für die Deutsche Volkspartei von den Abgeordneten Dr. Nieber und Kempter, für die Sozialdemokraten durch die Abgeordneten Scheidemann und Wels am 1. Februar nachmittags geführt. Die sozialdemokratischen Führer erklärten, sie hätten in ihrer Fraktionsitzung bereits einmütig beschlossen, das Angebot eines Eintritts in die Regierung abzulehnen. Schon vorher hatte sich der Abg. Dr. Nieber zu dem deutschnationalen Reichstagsmitglied Hergt geäußert. Herr Hergt erwiderte auf das Vorbringen Dr. Niebers, daß nach seiner Ansicht ein Eintritt der Deutschnationalen in eine Regierung der nationalen Abwehr nicht in Betracht kommen könne. Der Wahlkampf sei im Gange und müsse ausgeht werden, insbesondere mit aller Schärfe die Sozialdemokratie. In dieser Auffassung hielt Herr Hergt fest, als später der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Veder zu der Unterredung hinzulam und die Bemühungen des Abg. Dr. Nieber unterstützte. Hergt erklärte persönlich, die Bildung einer Einheitsfront solle sich auf eine gemeinsame Stellung zur Regierungserklärung beschränken. Darüber hinaus sei die Unterredung ein Vertrauensvotum für ein Regierungsprogramm für die nächste Zeit und die

Ernennung von Ministern mit dikatorischer Gewalt aus allen in Betracht kommenden Parteien einschließlich der Reichstagssozialdemokraten unter Selbstverleugung des Reichstages. Als nach diesen Unterredungen die deutschnationale Presse versuchte, den ungünstigen Eindruck, den die ablehnende Erklärung Hergts verursacht hatte, abzumildern, begaben sich die Abg. Dr. Nieber und Dr. Veder am 3. Februar noch einmal zu Hergt. Hergt versuchte in dieser Unterredung die ganze Sache als ein Mißverständnis hinzustellen. Dr. Veder erklärte in der Unterredung ausdrücklich, daß für die Deutsche Volkspartei nur eine Verbreiterung der Regierung nach links und nach rechts in Frage kommen könne, daß sie es aber ablehnen müsse, unter dem Gedanken der Bildung einer nationalen Einheitsfront etwa die Sozialdemokratie allein in die Regierung eintreten zu lassen.

Gleichzeitig mit diesen mündlichen Besprechungen lief ein Briefwechsel zwischen den Vertretern der beiden Parteien. Am 2. Februar schrieb Herr Hergt im Auftrage seiner Partei und seiner Fraktion, daß die Frage der Herstellung einer nationalen Einheitsfront angeht, der Gesamtheit nicht durch ein bloßes Mißverständnis der Erörterung entzogen werden dürfe; die Fraktion sei deshalb zu Verhandlungen über die Bildung einer solchen Front grundsätzlich bereit. Darauf antwortete am 3. Februar Dr. Stresemann für die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Er hob die entschiedene Ablehnung hervor, die der erste Versuch der Deutschen Volkspartei durch Herrn Hergt gefunden habe. Trotzdem sei die Deutsche Volkspartei bereit, zur Verwirklichung der Bestrebungen auf die Bildung einer Einheitsfront mitzuwirken.

Zusammenfassend stellen die Veröffentlichungen der Parteileitung der Deutschen Volkspartei fest, daß der Vorstehende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Hergt, gegenüber der Anregung der Deutschen Volkspartei aus parteipolitischen Gründen eine grundsätzlich ablehnende Stellung eingenommen habe. Nachdem aber die ablehnende Haltung der Deutschnationalen unliebsames Aufsehen erregt habe, habe die Deutschnationale Volkspartei eingelenkt und sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt.

Ueber die Besprechungen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei vom 1. Februar veröffentlicht auch Reichstagsabgeordneter Hergt eine ausführliche Darstellung.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.

Er hatte nicht nötig, die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer aufzurufen, denn die ganze Menge stand mit offenen Mäulern da, als wolle sie seine Worte trinken. Ludwige, der neben dem Redner stand, hielt die Augen krampfhaft aufgerissen. Herr Derogerens dagegen schloß seine Lider von Zeit zu Zeit wie billigend. Herr Domais, der seinen Sohn Napoleon zwischen den Armen hielt, hatte die Hand fest ans Ohr gelegt, um leise mit dem Kinn, als Zeichen ihrer Zustimmung. Die Kompiers, die am Fuße der Straße aufgestellt waren, lehnten sich auf ihre Bajonette, und eines stand unbeweglich, die Säbelspitze in die Luft gerickt. Hören konnte er vielleicht etwas, aber sehen jedenfalls nichts. Sein Schirm seiner Mühe ging ihm tief über die Augen. Sein Neutnant, der jüngste Sohn des Herrn Ludwige, übertrug ihm in dieser Beziehung noch bei weitem. Dessen Kopfbedeckung war so enorm, daß sie auf seinem Haupte hin und her schwankte und man nur noch einen Zipfel seines untern Polstrandes sehen konnte. Doch lächelte er unter seinem Schirm beständig in kindischer Freude, und in seinem bleichen schweißüberströmten Antlitz spiegeln sich Stolz, Ermattung und Schläfrigkeit.

Der Markttag war bis zu den Häusern mit Menschen angefüllt. Aus allen Richtungen kamen die Leute her. Vor der Apotheke stand ein großer Wagen und verschlang das Schauspiel mit seinen Lidern. Trotz des tiefen Schweigens verlor sich die Stimme des Herrn Ludwige im Raume. Man vernahm immer nur abgerissene Sätze, die durch das Geräusch der Menge und das Schreien der Stühle hindurch hörbar wurden. Auch erlöste von Zeit zu Zeit plötzlich ein weites das Gebüll eines Ochsen oder das Wüten der Schafe. In der Tat waren die Kuh- und Schafhirten bis ans Ende der Straße herangelommen, um auch etwas zu hören.

Rudolf hatte sich Emma wieder genähert und flüsterte halbig und mit leiser Stimme: „Erregt diese Menschenansammlung dort unten nicht Ihren Widerwillen? Gibt es ein schönes Gefühl, das diese Horde nicht verdammt? Werden nicht die

lungen. Nach seiner Angabe hätte sich die Anregung mit der die volksparteilichen Abgeordneten Dr. Nieber und Dr. Veder am 1. Februar an ihn herantraten, lediglich auf einen vorübergehenden Zusammenstoß zur Abwehr der Pariser Reparationsforderungen bezogen.

Dr. Veder habe wiederholt betont, die Koalition solle keine innerpolitische sein, im Gegenteil: es bedürfte nur einer rein äußerlichen Koalitionsbildung zur nationalen Verteidigung. Demgegenüber habe er, Hergt, die heftigsten Bedenken geäußert. Auf deutschnationaler Seite könne man eine Partei-Koalition nur als eine innerpolitische verstehen, zu einer solchen sei eine unbedingte Notwendigkeit nicht vorzuliegen. Abgeordneter Dr. Veder habe darauf erklärt, daß eine wirklich innerpolitische Koalition überhaupt nicht möglich sei. Nicht nur die Deutschnationale Volkspartei, sondern auch die Deutsche Volkspartei wäme auf die Dauer mit der Reichstagssozialdemokratie nicht zusammengehen; eine solche Koalition müsse als bald von selbst wieder zusammenbrechen. Man brauche jetzt nur eine Koalition nach außen hin „auf sechs bis acht Wochen“, damit die Regierung die Verhandlungen in London mit der erforderlichen Rüdenschärfe erledigen könne.

Zentrumspartei und Schwerindustrie

Neuerdings ist ein Vertreter der großindustriellen Familie Knoedner als Zentrumspartei im Reichstag auf der Bildfläche erschienen. Nun aber kann sich die Zentrumspartei rühmen, den „König der deutschen Aufsichtsräte“ als Parlamentskandidaten präsentieren zu können! Wackerns Wohnung: „Wir müssen mehr Millionäre haben“, hat wunderherrliches Selbsteingestanden.

Scheimer Kommerzienrat Louis Hagen, Präsident der Kölner Handelskammer und Aufsichtsratsmitglied in fast 60 kapitalistischen Unternehmungen, ist von der Zentrumspartei als einer ihrer ausdiesigsten Kandidaten zum Rheinischen Provinzialparlament aufgestellt worden! Kaum ein anderer Vorgang kann so deutlich die Verfalligkeit der „christlichen Zentrumspartei“ (Gammelt nicht Schätze, die Motten und Rost fressen) mit der großkapitalistischen Schwerindustrie veranschaulichen, wie diese Kandidatur.

Kommerzienrat Louis Hagen ist der mit Aufsichtsratsstellen reich gesegnete Mann Deutschlands. Es war einst ein besonderes Vergnügen der Zentrumspresse, höhnend von den „national-liberalen Aufsichtsratspolitikern“ zu schreiben. Wie oft wurde betont, daß ein Parlamentsmitglied als industrielles Aufsichtsratsmitglied von Gewissenkonflikten nicht verschont bleiben könne. Jetzt stellt ausgerechnet die Zentrumspartei den König der Aufsichtsräte als ihren Parlamentskandidaten auf! So vergeht die Herrlichkeit des antikapitalistischen Zentrums.

Herr Louis Hagen ist der engste Geschäftsfreund der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenmagnaten. Die intime Fühlung der „Volkspartei“ Zentrum mit der Schwerindustrie ist nun hergestellt. Die „kleinen“ Leute im Zentrum, insbesondere die kapitalistischen Industriearbeiter, können sich nun wohl leicht vorstellen, mit welcher „Wucht“ die Zentrumspartei den „Kammonismus des Großkapitals“ bekämpfen wird.

Im Kampfe mit dem Defizit bei den Reichsbahnbahnen

In der Sitzung des Sachverständigenbeirats des Reichsverkehrsministeriums führte Staatssekretär Stieler u. a. aus, der Defizitwirtschaft müsse angesichts der allgemeinen deutschen Finanzlage unangenehm ein Ende gemacht werden. Die Sparmaßnahmen reichten allein nicht aus. Alles in allem hoffe die Eisenbahnverwaltung in absehbarer Zeit durch Sparmaßnahmen etwa fünf Milliarden erzielen zu können. Ungeachtet dieses noch von dem Jahresergebnis von 1920 noch zehn Milliarden zurück. Der Haushaltsentwurf für 1921 sehe einen Fehlbetrag von rund 14 Milliarden vor. Nach eingehender Aussprache wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses der Reichsbahninteressenten auf Erhöhung der Gültertarife um durchschnittlich 66 Prozent zur Durchführung empfohlen.

Die Pariser Presse und die Rede Dr. Simons

Der „Dena“ wird berichtet: Alle Meldungen aus Paris stimmen darin überein, daß die französische Presse sich in scharfen Worten gegen die Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons wendet. In diplomatischen und parlamentarischen Kreisen betrachtet jedoch, daß die Rede Simons auf die nachgelassenen Kreise nicht ohne Wirkung geblieben sei. Man ist jetzt

zur Einsicht gekommen, daß man die deutschen Weisungen in London zur Diskussion wird zulassen müssen, wenn man eine vernünftige Vereinbarung mit Deutschland schließen will. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, so wird man zum Vorteil des Verfallers Betrages zurückkehren. Verschiedene Pariser Blätter bringen Abschätzungen über die Gesamtschätze, die Deutschland anbieten wird und kommen zu dem Schluß, daß diese Summe höchstens ein Viertel dessen betragen dürfte, was die Entente in Paris gefordert hat.

Die Blätter meinen, unter solchen Umständen sei eine Überbrückung der Gegensätze außerordentlich schwierig. In der Diplomatie soll die Stimmung jedoch bedeutend entspannt worden sein.

Französische Sozialisten gegen die Pariser Weisungen

In der Schlußsitzung der französischen Kammer zur Beratung der Pariser Weisungen, gab im Namen der sozialistischen Parteien der Sozialist Brada eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die Arbeiter, welche die Mehrheit der Nation darstellen, wissen heute, wie sehr sie recht hatten, welche lange vor dem heutigen Präsidenten erklärten, daß der Vertrag von Versailles nicht lebensfähig wäre; sie wissen, wie sehr sie recht hatten, welche im voraus erklärten, daß wenn man den Frieden mit den Mitteln des Krieges machen wollte, dies auf eine Befestigung des Krieges hinausläufe. Wir waren es, die von vorne herein die Zustimmung zu dem Vertrag von Versailles verweigert haben, während die meisten von Ihnen dafür gestimmt haben und andere Ihnen gefolgt sind, indem sie sich auf das Wort des damaligen Finanzministers stützten: „Deutschland wird bezahlen!“

Sie werden erkennen, warum wir Ihnen damals gesagt haben, daß Frankreich danach trachten müßte, nicht wieder der Feigheit der Alliierten zu sein. Das arbeitende Volk erkennt jetzt, wohin Ihre Friedenspolitik führen muß und es weiß ebenso, daß es nur durch einen Schein der Sicherheit oder des Wohlstandes auf ein halbes Jahrhundert hinaus zu erhalten, jede Nation gequungen ist, vor ihrer Tür die Götter des Krieges aufzustellen. Der Krieg muß daher seine feste Fortsetzung finden. Selbst wenn man die Dinge so günstig wie möglich interpretiert, so geht doch Ihrem Vertrag und aus dem darauf begründeten Abmachungen das seltsame Paradox hervor, daß Sie die Welt aufrufen, Deutschland fortgesetzt mit dem Krieg zu beehren, um dieses zu zwingen, der Welt den internationalen Krieg zu erklären.

Wir haben den Arbeitern immer gesagt, daß man für die Beendigung der Kriege nur auf die Arbeiterklasse selbst rechnen kann; sie erkennen aus ihren Verhandlungen selbst, daß jene, welche sich als unfähig erweisen haben, den Krieg zu vermeiden, ebenfalls unfähig sind, den Frieden zu begründen. Die Arbeiter wissen, daß sie ihre Verdammung nicht nur wider die Kapitalistenklasse eines Landes oder ein einzelne Personen der Kapitalistenklasse zu richten haben, sondern wider das kapitalistische Regime, welches alle nun immer mehr solidarisch werdenden Länder dazu verurteilt, sowohl in ihrem Glend wie in ihrem Wohlstand im Frieden den Krieg fortzusetzen.

Die Besserung des Existenzminimums

Ein Antrag des Reichswirtschaftsrats

In der Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats am 10. Februar stand ein Antrag Görnandt-Humay zur Beratung, der sich mit der Besserung des Existenzminimums beschäftigt, indem er sich grundsätzlich dagegen wendet, daß das vom Reichseinkommensteuergesetz als frei bezeichnete Minimum in einem anderen Geleß durch Länder und Gemeinden freigegeben wird, die es seinerzeit auch in ganz verschiedenem Maße besteuern. Der Antrag lautet:

Die in § 20 des Einkommensteuergesetzes grundsätzlich richtig festgelegte Steuerfreiheit des Existenzminimums ist bedauerlicherweise durch § 30 des Landessteuergesetzes, von dem zahlreiche Gemeinden in ihrer finanziellen Notlage Gebrauch gemacht haben, praktisch aufgehoben. Die kommunalen Steuerordnungen erlassen diese Beträge nach den verschiedensten Grundfäden. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats erhebt gegen diese Art der Befreiung, die eine Verletzung des Gesetzes darstellt und das Vertrauen in die Befreiung untergräbt, entschieden Widerspruch.

Wenn die Gemeinden auf die Einnahme aus der Einkommensteuer nicht verzichten können, fällt es der Ansicht für unbedingt erforderlich, daß das Recht der Befreiung selbst aus Gerechtigkeitsgründen nach einheitlichen Grundfäden im Rahmen des Einkommensteuergesetzes geregelt und das daraus

friedlichen Arena werden, in der der Sieger dem Besiegten die Handreich in der Hoffnung auf einen immer besseren Erfolg ihrer beiderseitigen Bemühungen. Und hier, verehrungswürdiger Diener des gemeinen Wohles, ihr treuen Anhänger, von deren harter Arbeit bisher noch keine Regierung Notiz genommen hat, kommt her und empfängt den Lohn eurer stillen Tugend und seid überzeugt, daß der Staat euch von nun an nicht aus dem Auge verliert, daß er euch ermuntert und befruchtet, daß er euren berechtigten Forderungen Gehör schenken und durch Kräfte euer schweres Los erleichtern wird!

Jetzt setzte sich Herr Weinmann und es erhob sich darauf Herr Derogerens, um eine neue Rede zu beginnen. Sein Stil war vielleicht nicht so blumenreich wie der des Kais, war aber bestimmter und bewies mehr Sachkenntnis und einen höheren Standpunkt. Er war nicht so voll von Redebereitungen für den Staat, sondern sprach vom Aufbau und von der Religion. Er betonte die Beziehungen zwischen beiden und betonte, daß sie stets auf die Zivilisation fördernd gewirkt hätten.

Unterdes sprachen Rudolf und Frau Bovary über Träume, Ähnungen und Magnetismus. In die Wiege der menschlichen Gesellschaft knirscht ein malte der Redner die Zeiten aus, da die Menschen sich noch von den wilden Früchten des Waldes genährt hatten, bis sie die Tierfelle abgeworfen, Tuch zu ihren Kleidern gewebt, ihren Acker bebaut und Weinberge bepflanzt hätten. Hatte dies alles nun zu ihrem Glück beigetragen? Ja in dieser Entwidlung nicht mehr Nachteil als Vorteil? Diese Frage stellte Herr Derogerens, während Rudolf vom Magnetismus allmählich auf die Wahlverwandtschaften übergegangen war; und als der Herr Präsident den Cincinnatus hinter seinem Pfluge, den Dioletian, der seinen Kopf pflanzte, gipfelte, und die ägyptische Kaiser, die das neue Jahr mit Ähren und Säen einweihen, er läßt Herr Boulanger seiner Zuhörer, daß diese unwiderstehliche Anziehungskraft ihren Grund nur in einer Voreigenschaft haben könne.

„Nehmen wir nur einmal uns selbst! Warum mußten wir uns kennen lernen? Welcher Zufall führte uns zusammen? Warum wir nicht zwei Flüsse, die fließen, um sich zu vereinigen? Die Abhänge unseres Lebens neigten sich zueinander, deshalb konnten wir nicht getrennt bleiben.“

Er ergriff ihre Hand, und sie entzog sie ihm nicht mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Schöpflin zum neuen Wehrgesetz für die deutsche Republik

Durch das Gebot der Entente ist in Deutschland an Stelle der früheren allgemeinen Wehrpflicht ein Berufsheer getreten, das aus 100.000 Mann gebildet wird, die, soweit sie Offiziere sind, auf 25 Jahre, soweit es sich um Mannschaften und Unteroffiziere handelt, auf zwölf Jahre verpflichtet sind. An die Stelle der alten Wehrerziehung mußte deshalb eine neue treten. In den Parier-Verträgen forderte die Entente, daß das neue Wehrgesetz spätestens am 15. März vom Reichstag verabschiedet sein muß, weshalb ganz plötzlich am 3. Februar der schon vorliegende Gesetzentwurf in Reichstags zur ersten Lesung stand.

Die Beratung wurde eingeleitet durch die nachstehend im amtlichen stenographischen Protokoll wiedergegebene Rede des Abg. Genossen Schöpflin:

Schöpflin, Abgeordneter:

Meine Damen und Herren! Die Wehrmacht, die wir seit dem Zusammenbruch Deutschlands haben, ist in ihren ersten Anfängen aus inneren Zwangsmaßnahmen entstanden. So wie sie jetzt gestaltet worden ist, und wie sie für eine längere oder kürzere Zeit bestehen wird, ist sie ein Gebilde, das nach dem Gebot der Entente geschaffen werden mußte. Unsere Wehrmacht trägt daher alle Mängel dieser Entstehung, und es ist just, daß es nicht leicht ist, in einem Lande, das bisher die allgemeine Wehrpflicht hatte, nunmehr unter Zwangsläufigkeit ein Berufsheer zu schaffen, das in seiner eigenen Art von alledem absetzt, was wir bisher in Deutschland an Wehrmacht und an Wehrwesen gehabt haben.

Der vorliegende Entwurf einer Wehrverfassung versucht, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Aber bei kritischer Prüfung kann man nicht zugeben, daß der Versuch ein gütlicher und daher glücklicher ist. Gegenüber dem ersten Entwurf, dem Lorenzentswurf, weist zweifellos der Gesetzentwurf, der uns jetzt vorgelegt worden ist, einige, ich will mal sagen, scheinbare Verbesserungen auf.

Die Kritik der sozialistischen Presse an dem Lorenzentswurf ist zweifellos nicht ohne Erfolg geblieben.

Sieht man aber genau hin, dann ergibt sich folgendes: Der Text ist zu einem Teil geändert, es sind andere Worte eingefügt worden. Aber der Geist, der bei der Abfassung des Lorenzentswurfes geltend und bestimmend war, war auch bei dem endgültigen Gesetzentwurf mit bestimmend. Charakteristisch ist, daß sowohl in dem Entwurf der einzelnen Artikel und Paragraphen wie in der Begründung

das Wort „Republik“ ganz peinlichst vermieden wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist selbstverständlich, wenn man daran denkt, daß

ein Offizierskorps diesen Entwurf ausgearbeitet hat, das in seiner überwiegenden Mehrheit monarchisch ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem die Republik ein Schœnel und Grœuel ist, und das mit Vorbedacht — davon bin ich überzeugt — das Wort „Republik“ sowohl in der Begründung wie auch im Gesetzentwurf vermieden hat. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird als Ziel der Wehrerziehung folgendes hingekittelt:

Das Ziel der Wehrerziehung muß sein, dem deutschen Volke die zu seinem Schutze im Innern und an den Grenzen nötige Wehrmacht zu geben, soweit es im Rahmen des Versailleser Vertrages und der Vereinbarungen in Spa möglich ist, und gleichzeitig den Volksgenossen, die den zukünftigen Soldatenberuf ergreifen, die sichere Grundlage zu bieten, auf der sie ihre Aufgabe erfüllen und die allgemeine Achtung genießen können.

Zweifellos wird hier als Ziel der Wehrerziehung etwas umschrieben, was man allgemein billigen kann. Es genügt uns nicht, aber kann allgemein wenigstens gebilligt werden. Wie aber wird nun durch die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs versucht, diesem Ziele nicht nur zuzustreben, sondern es zu erreichen? Ich will das in aller Kürze an ein paar Beispielen zeigen.

Schon das Kündigungsrecht — die zukünftigen und heutigen Wehrangehörigen sind ja auf Dienstvertrag angelegt — hat eine eigenartige Gestaltung erfahren. Ein Kündigungsrecht hat grundsätzlich nur das Reich gegenüber den Mannschaften, die auf 12, und den Offizieren, die auf 25 Jahre verpflichtet sind. Die Leute können bei Mangel an geistigen und körperlichen Fähigkeiten nach Art 10 entlassen oder entlassen werden. Sie können aber auch entlassen werden, wenn sie für die dienstliche Verwendung nötige Eignung nicht mehr haben. Das sieht scheinbar harmlos, sogar scheinbar durchaus sachlich aus. Aber was wir in der letzten Zeit in der Reichswehr erlebt haben, das wird uns zweifellos veranlassen und dazu zwingen, im Ausschluß eine kritische Prüfung einzutreten zu lassen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben in den letzten Monaten beim Abzug der Reichswehr von 200.000 auf das 150.000-Mann-Heer und auf das 100.000-Mann-Heer doch in zahlreichen Fällen erleben müssen, daß die Bewertung der dienstlichen Eignung davon abhängig gemacht wird, wie sich die Soldaten, die Unteroffiziere und die Offiziere beim Kampftag oder bei anderen ähnlichen Dingen benommen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beim Wehretat konnte ich ja darauf hinweisen, wie man Mannschaften und Unteroffiziere Entlassungen in die Pässe machte, etwa: „Führung sehr gut bis auf das Verhalten in den Kampftagen“.

Es ist ferner eine in zahlreichen Fällen ersichtliche Tatsache, daß eine große Anzahl Leute, obgleich sie dienstlich gut qualifiziert waren, sich im Felde ausgezeichnet und bewährt haben, weder bestraft waren noch sonst in ihrer Führung zu Beanstandungen Anlaß gaben, entlassen worden sind, weil sie nicht die jetzt wieder vorschriftsmäßige Beförderung an den Tag legen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Anzudeuten ist zu bezeichnen, daß der Passus von der nötigen Eignung wieder zu solchen Maßregeln Anlaß geben wird; und wie wir die Praxis der Offiziere des alten Heeres kennen gelernt haben, steht ja, wenn nicht entsprechende Sicherungen getroffen werden, allerlei zu befürchten.

Es kommt hinzu, daß die Offiziere draußen in den einzelnen Formationen und Regimentern eine gewisse Selbstverwaltung, also einen noch weit höheren Einfluß als früher haben, daß sich also die Gefahren vergrößern.

Die Mannschaften werden in bezug auf Entlassung und Kündigung den Offizieren in weit höherem Maße ausgesetzt, als man es bis dahin für möglich gehalten hätte und die einschränkende Bestimmung des Friedensvertrages, daß nur bis fünf Prozent eventuell Abgang sein kann, ist und eine nicht genügende Sicherung.

Nun gibt der Entwurf den Entlassenen und Geflüchteten das Recht der Bekwerbe an den Reichswehrminister und den Reichspräsidenten. Na, meine Herren, solche Bekwerden werden zunächst erledigt durch Offiziere im Wehrministerium. Die Offiziere, die eventuell gekündigt werden, haben immer noch den Vorteil, daß an den entscheidenden Stellen Kameraden von ihnen sind, die mit ihnen als Offiziere denken.

Die Mannschaften und Unteroffiziere aber haben keine Kameraden in den entscheidenden Stellen sitzen, und sie sind den Offizieren, wie ich vorher sagte, geradezu ausgesetzt.

Also auch hier ein sehr trister Kontrast zwischen Offizieren auf der einen Seite, Unteroffizieren und Mannschaften auf der anderen Seite.

Ich gestatte mir dazu, den Wortlaut der Begründung auf S. 19 vorzulesen. Dort heißt es:

Während das Dienstverhältnis der im Lebensberufe stehenden Offiziere infolge stajarer Handlungen oder unwürdigen Verhaltens ausnahmslos nur durch ein strafgerichtliches Urteil oder ein Erkenntnis des vorerwähnten besonderen Gerichtshofs gelöst werden soll, erziehen es geboten, der militärischen Ehre gegenüber den noch im Mannschaften- und Unteroffiziersstande stehenden Soldaten zwecks Reinhaltung der Wehrmacht von fittlich-minderwertigen Persönlichkeiten eine etwas freie Hand zu lassen.

Wenn Offizier kann also die Kündigung durch den besonderen Gerichtshof ausgesprochen werden. Gegenüber den Mannschaften und Unteroffizieren haben die militärischen Dienststellen — es wird beim Bataillon der Bataillonkommandeur, beim Regiment der Regimentskommandeur sein — eine freiere Hand. Begründung: um die Truppe von fittlich-minderwertigen Elementen freizuhalten. Ein ähnlicher Hinweis gegenüber den Offizieren steht. Auch hier wieder begreifen wir der alten Auffassung, daß der Mann gegenüber dem Offizier eigentlich fittlich weniger qualifiziert ist, fittlich tiefer steht. Auch hier werden wir in der Kommission berufen müssen, entsprechende Schutzbestimmungen einzufügen.

Dann gestatte ich mir eine Frage an den Herrn Reichswehrminister. In § 30 des Entwurfs ist bestimmt, daß eine ehrenamtliche Tätigkeit von Angehörigen der Wehrmacht im Reichs-, Landes- oder Gemeindefeld abgelehnt werden kann, die Übernahme aber nur nach vorheriger Genehmigung des Vorgesetzten möglich ist. Es spielt hier vielleicht die Frage des Wahlrechts hinein. Nach dem Entwurf sollen ja die Soldaten, die Angehörigen der Wehrmacht, das aktive Wahlrecht nicht bekommen. Wie sieht es mit dem passiven Wahlrecht, soll ihnen das auch verweigert werden? Ich verweise auf den Präzedenzfall, den der Deutsche Reichstag aufzuweisen hatte, der einmal unter seinen Mitglieder einen im aktiven Dienst stehenden Offizier hatte, den früheren Reichsminister v. Helldorf. Ich bitte schon jetzt bei der ersten Beratung den Herrn Reichswehrminister um eine Erklärung.

Im Entwurf wird in § 37 das Verbot der politischen Betätigung innerhalb des Dienstbereichs, das Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen und Vereinen ausgesprochen. Dieses Verbot hat ja eine grundsätzliche Bedeutung. Vermutlich wird der § 32 einer derjenigen sein, der in der Kommission sehr scharf umfritten und umkämpft wird. Ich will es unterlassen, jetzt näher auf die Dinge einzugehen. Nur eines will ich bemerken: es scheint mir und meinen Parteifreunden völlig unmöglich, daß man Angehörige der Wehrmacht auf 12 Jahre gegen Dienstvertrag verpflichten und ihnen gleichzeitig verbieten kann, während der 12 Jahre gewissermaßen abseits vom politischen Leben im Staat und im Volke zu stehen, daß man ihnen jede Möglichkeit verschließen will, gegebenenfalls in Versammlungen politische Thesen zu erörtern zu hören. Ebenfalls zu bedenken und zum Widerspruch Anlaß gibt der § 33, der das Verhältnis der Wehrmachtangehörigen zu nichtpolitischen Vereinen behandelt. Es heißt da:

Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen dieser Vereine aus Gründen der militärischen Justiz und Ordnung verboten wird.

Es heißt dann weiter, daß mit Genehmigung der Vorgesetzten die Soldaten bestimmten Vereinen angehören können, wenn diese ausschließlich wissenschaftlichen, sportlichen, Wohlfahrts- oder Unterhaltungszwecken dienen. Auch hier ist darauf aufmerksam zu machen, daß wiederum nur vom Soldaten die Rede ist. Man könnte sagen, der Wortlaut sei im weitesten Sinne gemeint. Dem widerspricht aber, daß tatsächlich im ganzen Entwurf und in der Begründung zwischen Offizieren und Soldaten immer scharf unterschieden wird. Also kann auch hier, obwohl nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs wie nach der Begründung nur der Soldat, können nur die Mannschaften gemeint sein. Ich erlaube auch hier den Herrn Reichswehrminister, heute schon im Plenum zu erklären, wie er dieses Verbot auffaßt. Ich bin der Meinung, es ist selbstverständlich, daß ein Verbot, wenn es ausgesprochen werden sollte, worüber noch zu reden sein wird, für alle gelten muß. Von General bis herunter zum Gemeinen in der Armee. Aber ich muß auch jetzt schon darauf hinweisen: selbst wenn ein solches Verbot kommen würde, so würde es die Mannschaften in hohem Maße gegenüber den Offizieren benachteiligen. Der Offizier hat ja viele Möglichkeiten, sich an Versammlungen zu beteiligen und in Vereine einzutreten. Er kann weiter so überaus werden wie der Mann, noch tiefer er unter Kontrolle. Er hat Privatwohnung, wobei in den allerersten Fällen in der Kaserne, er kann in Blau ausgehen außerhalb des Dienstes usw. Der Offizier hat also viele Möglichkeiten, politischen Neigungen nachzugehen, sie eventuell zu betätigen, während der Mann bei der Kaserne und der scharferen Kontrolle das nicht kann. Ein solches Verbot würde letzten Endes auf eine schwere Benachteiligung, auf eine Ausnahmestellung der Soldaten gegenüber den Offizieren hinauslaufen.

Ich bezeichne mich demselben auf diese Bemerkungen. Im übrigen werden wir ja im Ausschluß weiter darüber sprechen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit noch weiter darauf hinweisen, daß wir der Auffassung sind, im ganzen Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt, und die wir in der Begründung sehen, als solle wieder der Offizier gegenüber als eine Art erkläre über andere Menschen hervorgehobene Persönlichkeiten geradezu gestellt behandelt werden, scharf einbetreten.

Der Offizier darf in der deutschen Republik nicht anders, also auch nicht besser und schlechter, behandelt werden als alle anderen Volksgenossen, die wie er in gleicher Weise dem Lande und dem Volke ihren Dienst weihen.

Das Heer der deutschen Republik soll zwar von den dazu befähigten Männern geführt werden, aber die Massen des Heeres dürfen weder unter der Führung der Offiziere stehen, noch ihrer Diktatur und Willkür ausgesetzt werden.

Und diese Gefahr besteht nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs:

Bevölkerungskreise und Menschen, aus denen sich die Offiziere rekrutieren, stehen, wie aus dem Weltkrieg wie dessen Nachwirkungen bewiesen haben, fittlich um nichts höher als die erwerbstätigen Massen, aus deren Reihen die Mannschaften des neuen Heeres herangezogen werden müssen.

Ich weise weiter darauf hin, daß es außerordentlich fragwürdig ist, daß man beim ersten Wehrgesetz, das die Republik schafft, diese scharfe und tiefe Unterscheidung zwischen Offizieren und Mannschaften macht, eine Unterscheidung so scharf, wie sie nicht scharfer im alten kaiserlichen Heer bestanden hat. Wenn wir das gesehlt wieder festlegen wollen, so würden wir uns glaube ich, an den Interessen der Republik, des republikanischen Gedankens außerordentlich verheeren, und ich kann dem Herrn Reichswehrminister jetzt schon in Aussicht stellen, daß er sich zweifellos im Ausschluß auf einen harten Kampf wird eingehen müssen. Dasselbe gilt auch, soweit die den Offizieren zuzuschreibenden Nachvollkommenheiten in Betracht kommen. Auch hier sind eine Reihe Vorwürfe, auf die ich im einzelnen nicht eingehen, die aber dieselbe Gefahr, von der ich sprach, erneut dartun.

Dann eine Frage, auf die ich auch heute schon um eine Antwort bitte. Sollen die gebildeten Qualifikationsberichte der Offiziere auch in Zukunft weiter bestehen? Wir wissen, daß sie eine fürchtbare Waffe in den Händen der Vorgesetzten gegenüber den Offizieren waren. Diese Waffe wird heute noch viel schlimmer und schmerzender wirken, weil das Offizierskorps in seiner politischen Auffassung heute nicht mehr so einheitlich ist, wie es in der alten kaiserlichen Armee war. Es gibt doch in der Reichswehr auch eine Anzahl Offiziere, die weder monarchisch gelinnt noch parteipolitisch ausgedient, also deutschnational oder deutschvolksparteilich gelinnt sind. Wenn wir es nun bereits bei den Mannschaften erleben, daß man in ihren Pässen bestimmte Vermerke macht,

es ihnen als ein Verbrechen ankreidet, wenn sie nicht einer Revolte gegen die verfassungsmäßige Regierung dienen wollen, wie wird es dann erst sein mit den gebildeten Qualifikationsberichten derjenigen Offiziere, die im Verdacht republikanischer Gesinnung oder auch aus demokratischer Gesinnung stehen?

Ich bitte auch um eine Erklärung darüber, daß den Soldaten, ganz gleich wie die Frage der Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und der Möglichkeit der Teilnahme an politischen Versammlungen beantwortet werden wird, nicht in der Kaserne vorgeschrieben werden darf, welche Zeitungen sie lesen, daß jeder Kompanieführer oder Bataillionsführer sich auch noch auf diesem Gebiete zum Vorstand der Soldaten anziehen kann. Dieser Zustand hat ja bei den früheren Militärberatungen zu sehr heftigen Auseinandersetzungen geführt.

Einen solchen Zustand weiter zu dulden oder wieder einzuführen, wäre einfach eine Schande und eine Schmach für unser Staatswesen,

das auf demokratischer und republikanischer Grundlage aufgebaut ist.

In bezug auf die Heeres- und Marinekammer hat der Entwurf in § 8 einen feinen Fortschritt gebracht. Es wird jetzt die geheime Wahl ausdrücklich vorgeschrieben. Auch hier hat die Kritik erfolgreich eine Wirkung geübt. Aber hinsichtlich der Vertrauensleute, die der § 9 behandelt, erfahren wir, daß die Regelung ihrer Rechte und Pflichten durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten erfolgen soll. Ich spreche namens meiner Freunde schon jetzt den Wunsch aus, daß solche Verordnungen dem Reichstag zur Begutachtung und zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen. Wir werden im Ausschluß darauf dringen, denn es können hier unter Umständen Verordnungen erlassen werden, die nicht mit dem in Erfahrung zu bringen sind, was wir als dringendes Erfordernis für das neue Heer ansehen.

Auch wenn Verordnungen erlassen werden, die den Verhältnisse zwischen Mannschaften und Offizieren außerhalb des Dienstes regeln, werden wir darauf dringen, daß solche Verordnungen dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Es zeigt sich nämlich bereits wieder die starke Neigung, sogenannte Straßmehrerordnungen herauszugeben; sie werden ja ebenso wie die Erlasse über die Achselstücke und andere seltene militärische Ausstattungsdinge folgen.

Wir haben keine Lust, es mitzumachen, daß die Soldaten außerhalb des Dienstes so, wie es früher geschehen ist, von der Willkür, der Laune und dem Gutbefinden der Offiziere abhängig gemacht werden.

Eine der Fragen, die im Ausschluß ebenfalls eine eingehende Beratung erfahren muß, ist die Frage der Soldatenverbände. Ich weiß, daß der Herr Reichswehrminister allen Soldatenverbänden nicht gerade sympathisch gegenübersteht und es lieblich sehen würde, wenn sie verdammt würden. Aber glaubt denn der Herr Reichswehrminister, daß man heute mit den Mitteln auskommen kann, wie sie in der alten Armee bestanden haben? Bei der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit war es schließlich nicht notwendig, daß eine der beruflichen Interessen vertretende Organisation der Wehrangehörigen vorhanden war, ganz anders aber jetzt, wo das Soldaten ein Beruf ist.

Der Entwurf unterscheidet ganz berechnungsweise zwischen Offizieren, die Soldaten im Lebensberufe sind, und Mannschaften, die Soldaten im sogenannten Durchgangsbereich sind. Wenn aber die Leute die besten Jahre ihres Lebens von Anfang der 20 bis Anfang der 30 im Militär zubringen, auf so lange Zeit eine Dienstverpflichtung eingehen müssen, dann da sie sie auch berufliche Interessen zu vertreten, und dazu gehört eine Organisation. Wir legen deshalb Wert darauf, daß diese Organisation bestehen bleibt, und wir teilen die Einwendungen nicht, die der Herr Reichswehrminister kürzlich beim Wehretat gemacht hat. Die Leute müssen die Möglichkeit haben, organisiert ihre Interessen zu vertreten. Wenn solche Organisationen diesen nicht zu Stillsitzen greifen. Der Reichswehrwirtschaftsband Deutscher Berufs Soldaten, der schon bei der Beratung des Wehretats eine Rolle gespielt hat, schlägt auf hinreichend aus und bestränkt sich darauf, wie es vernünftig und auch militärisch richtig gedacht ist, die Interessen der Soldaten durch Verhandlungen, Auffassung usw. zu vertreten. Eine solche Organisation, die ausdrücklich die Anwendung von Kampfmitteln, Streiks, passive Resistenz usw. ausschließt, die auf dem Wege der Verhandlungen und der Auffassung die beruflichen Interessen der Soldaten vertreten will, ist bei der zweijährigen Dienstzeit etwa eine Notwendigkeit, und wir würden der Reichswehr einen schlechten Dienst erwiesen, wenn wir eine solche Organisation verdrängen würden. Auch hindern dann die Offiziere den Mannschaften gegenüber wieder unendlich viel besser da. Die Offiziere haben ja die Möglichkeit, indem ihre Kameraden an allen entscheidenden Stellen sitzen, ihre Interessen ganz anders wahrzunehmen als die Mannschaften, die ja nur in der Heeres- und Marinekammer zum Worte kommen können. Auf der anderen Seite ist noch zu beachten, daß gerade der A. D. B. sich ausdrücklich zum republikanischen Gedanken bekennend und die bestehende Verfassung schätzen will.

Es ist da auch eine politische Erwägung anzustellen. Wenn wir auf der einen Seite, wie der Herr Reichswehrminister selbst zugestanden hat, ein in seiner Mehrheit monarchisch gesinntes Offizierskorps haben, sollen wir da den Mannschaften gegenüber jede Möglichkeit abschließen, ihre Interessen zu vertreten? Das, meine Herren, hieße wieder zu den vielen Maßnahmen gegenüber den Offizieren und zum Nachteil der Mannschaften neue schaffen.

Außerdem wird es, nachdem man den Beamten das Recht nicht mehr verweigern konnte, sich Organisationen zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen, unmöglich sein, wenn man nicht die Truppen von vornherein zermürben will, der Truppe das gleiche zu verweigern.

Ich habe vorher darauf hingewiesen, daß in der Begründung gesagt wurde, das Ziel der Wehrmacht sei, die Truppe aus solchen Personen zusammenzusetzen, daß sie auch die allgemeine Achtung finden und daß sie fittlich hochstehen. Glaubt man der Herr Reichswehrminister und glaubt irgendeiner, daß das die Dinge nicht, wie sie einmal sind, es werden sich unter den gegebenen Verhältnissen fittlich gefestigte, frei denkende Männer in genügender Anzahl finden, einen Dienstvertrag abzuschließen, der sie in die Hände der Offiziere gibt, wie es der Gesetzentwurf verlangt? Glaubt jemand, es würde das möglich sein? Vielleicht in der Zeit der wirtschaftlichen Depression, vielleicht, wenn die Arbeitslosigkeit enorm ist, wo eben jeder irgendein unterkommen versucht. Aber, meine Herren, auch da hat es

keine Schwierigkeiten. Ich will darauf hinweisen, daß wir jetzt eine große Anzahl von Stellen im Reichsheer haben. Wenn aber erst eine Besserung des Wirtschaftens eintritt, glaubt man dann, daß sich aus den Kreisen der Erwerbstätigen, die das Gros der Leute für die Reichswehr stellen, genügend Leute finden werden, die das finanzielle Fundament bilden, wenn ihnen jede Möglichkeit der Berufsvertretung verweigert wird, wenn ihnen verboten wird, an politischen Versammlungen teilzunehmen, wenn sie kein Wahlrecht haben? Nein! Dann werden Sie, meine Herren, das Ziel, das hier in der Begründung zum Entwurf gesteckt wird, nicht erreichen. Sie werden ein Reichswehrgebilde schaffen, das zum großen Teil aus Personen besteht, die allerdings das Zeug dazu haben, zu Nationalgardien in bestimmten Momenten zu werden. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.)

Infolgedessen ist es ungemein gefährlich, Verhale und Verstärkungen auszusprechen zu wollen, wie sie der Entwurf vorschlägt. Meine Herren! Nun wird ja den Mannschaften gleichsam eine Entschädigung geboten. Im § 22 wird ihnen ein Ausmaß geboten, daß jeder Angehörige der Reichswehr den Marschallstab im Tornister hat, daß er zu den höchsten Stellen emporsteigen könne. Meine Herren,

das ist die alte Phrase,

die wir auch im alten Heer gesagt haben. Wo ist denn der gemeine Mann, der zu den höchsten Stellen emporsteigen will? Es ist meines Wissens nicht einer aus den letzten Jahrzehnten des kaiserlichen Heeres zu nennen. So, wie die Dinge liegen und wie sie sich in Zukunft bei der Reichswehr erst recht gestalten werden, ist es ganz ausgeschlossen, daß da ein Mann zu den höchsten Stellen emporsteigen könne. Dann lassen Sie mich kurz ein paar Worte sagen zur Verwendung der Reichswehr im Innern.

Der § 15 befiehlt, daß bei Notständen die Reichswehr auf Ersuchen der Landesregierung eingegriffen hat. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß unter bestimmten Umständen die Reichswehr auch selbständig, das heißt die Befehlshaber, eingreifen können, wenn die Behörden durch höhere Gewalt außerordentlich gefährdet sind, das militärische Einwirken herbeizuführen. Hier ist die Frage der Zivilkommissare völlig außer Acht gelassen worden. Diese Bestimmung bedarf ohnehin noch der genaueren und kritischen Nachprüfung. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Aber, wenn sie selbst in der nächsten Woche in das Gesetz hineinkommen sollte, dann ist unferes Erachtens unerlässliche Voraussetzung, daß in dem Moment, wo einer der Befehlshaber, sei es auf Ansuchen der Landesregierungen, sei es auf eigenes Ermessen, eingreift, ihm sofort auch ein Zivilkommissar zur Seite gestellt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie notwendig das ist, brauche ich im einzelnen nicht darzulegen. Das ist in den letzten Monaten der verschiedenen Gelegenheiten doch dreifach genug betont worden.

Im Geleitensatz spielt die Frage der Landmannschaften eine erhebliche Rolle. An Weimar ist in derzeit vereinbart worden, daß Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden eigene Verbände stellen können, dazu einen eigenen Landeskommandanten, es hat sich dann infolge der Verfeinerung des Gesetzes die technische Unmöglichkeit herausgestellt, daß Sachsen, Württemberg und Baden eigene Verbände zu stellen vermögen. Nur Bayern stellt einen eigenen Verband. Im § 16 Abs. 2 des Entwurfs heißt es:

Der Landeskommandant in Bayern ist zugleich Befehlshaber des bayerischen Kontingents. Der bayerische Anteil (§ 12) bildet einen in sich geschlossenen Verband des Reichsheeres unter einer ständigen Führung, und weiter wird dargelegt, daß nur in Ausnahmefällen der Reichspräsident, der als Oberbefehlshaber ist, imstande ist, in Rücksicht auf die einheitliche Befehlshaberung unter Umständen auf den bayerischen Verband zurückzugreifen, aber nur im Einverständnis mit der bayerischen Landesregierung. (Juriste von den Sozialdemokraten.) Wir werden über diese Dinge in der Kommission vermutlich hier eingehend sprechen müssen. Ich beschränke mich nur darauf anzudeuten, daß in einem Punkte hier ein Rücksicht gegenüber der alten Wehrverfassung vorhanden ist. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Die alte Wehrverfassung (§ 68) gab wenigstens dem Kaiser auch im Frieden in bestimmten Fällen das Recht, zu bestimmen. Der § 64 der Wehrverfassung, wonach die Truppe auch im Krieg wie im Frieden unter allen Umständen den Befehlen des Kaisers unterliegt, ist, seinen Befehlen unbedingt zu gehorchen habe, auf Bayern keine Anwendung gefunden. Es galt immer der Vertrag vom 23. November 1870, wonach nur im Krieg die bayerischen Truppen dem Befehl des Kaisers unterstanden. Wir wissen aber aus der Praxis, daß sich die glatte Durchführung des Vertrages gar nicht erwidern ließ. Jetzt

ist aber gleich festgestellt worden, daß der Reichspräsident, der Oberbefehlshaber der deutschen Reichswehr, nur im Einvernehmen mit Bayern überhaupt irgend etwas anordnen kann. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Der Reichswehrminister, der dem Reichstag verantwortlich ist, ist ganz ausgeschlossen, von ihm ist nicht die Rede. Wir würden also eventuell den Zustand bekommen, daß das Reichsparlament einen Wehrminister hat, der ihm verantwortlich ist, der aber auf Bayern gar keinen Einfluß hat, dessen Verantwortung für den Verband des bayerischen Heeres keineswegs in Frage käme.

Ich beschränke mich auf diese Bemerkungen. Wir sind uns darüber klar, daß gerade diese Frage der Landmannschaften im Ausschuss eine eingehende Beratung finden muß. Und nun zum Schluß, meine Herren! Deutschland ist durch die Entente gezwungen worden, ein Heer zu halten, das ein Berufsheer ist und als solches die Gefahren in sich birgt, die mit dem Wesen des Berufsheeres einmal verbunden sind.

Wollen wir der Republik, wollen wir dem inneren Frieden dienen, so müssen wir im Wehrgebiet Sicherungen schaffen, daß die Reichswehr wirklich für den Schutz der Republik geeignet ist, aber nicht zu einem Instrument in den Händen konterrevolutionärer Personen oder Verschwörungen gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine der allerersten und wichtigsten Voraussetzungen. Eine Fülle von Erfahrungen und Erfahrungen des letzten Jahres haben uns deutlich gemacht, daß die Lösung sich einer schweren Verhängung am deutschen Volk, am Bestand der deutschen Republik schuldig machen würde, wenn er nicht alle Sicherungen gegen konterrevolutionäre Verschwörungen und Verschwörungen bei der Reichswehr treffen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine unigere vornehmste Pflichten und ich bin überzeugt, im Ausschuss wird sich der Kampf gerade auch um diesen Grundgedanken und um diese Aufgabe drehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aus der Partei

Macht es nach!

In Chemnitz veranstalteten unsere Genossen eine „rote Woche“. In dieser einen Woche sind über 2000 neue Parteimitglieder und mehr als 2000 neue Leser der „Volksstimme“ gewonnen worden. Im wesentlichen ist diese Arbeit von Betriebsvertrauensleuten geleistet worden.

Genossen Mittelbadens, macht es den Chemnitzern nach!

Winnenden, 17. Febr. Samstag, 19. Febr., abends 7 1/2 Uhr findet im Volkshaus zum „Lamm“ die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, wozu alle Mitglieder eingeladen sind. Es sind wichtige Punkte zu besprechen, weshalb es nötig ist, daß alle Genossinnen und Genossen erscheinen. Auch sind die Parteifreunde eingeladen.

Das, 17. Febr. Samstag, 19. Febr., abends 7 1/2 Uhr, findet im Volkshaus zum „Lamm“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Steuerfragen, 2. Wohnungsgesetz und Wohnungsbau, 3. Cerealielieferungsverhältnisse und 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind alle Genossinnen und Genossen eingeladen mit der Bitte, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die letzten Notkommisssion in der Gemeinde sollten auch den letzten Sammelgängen aufzufüllen; die gegenwärtigen Verhältnisse machen vor allem den Arbeitern zur Pflicht, sich politisch zu interessieren.

m. Bittersdorf, 14. Febr. Die am letzten Sonntag im Lokal zur „Blume“ stattgefundene Versammlung war von über 100 Teilnehmern besucht. Genosse Hugo Schäfer gab den Zuhörern ein klares Bild über die russische Lage in der sich das Deutsche Reich befindet. Nach 1 1/2 stündiger Rede wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

ii. Rheinhausen, 15. Febr. Letzten Sonntag fand hier eine Volksversammlung statt, die sehr gut besucht war. Als Referent war Randtagsabg. Weber erschienen, der über die Zukunft Deutschlands sprach und allgemeinen Beifall fand. In der Diskussion wurden Volkstragen besprochen; auch die Finanzierung der Eisenbahn kam zur Sprache, die aber nicht durch die Höhe und Gehälter der Angestellten verursacht werde, sondern durch die gewaltige Steigerung der Materialien usw. Nach dem Schlusswort des Genossen Weber fand noch eine Mitgliederversammlung statt, in der noch verchiedenes zur Sprache kam. In die Arbeiterschaft Rheinhausens erregt der Ruf, einzutreten in die Partei und zu agitieren für ihre Rechte.

Aus dem Lande

Landsheimbach, 10. Febr. Vergangenen Sonntag veranstaltete die örtliche Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten im vollbesetzten Saale der „Reithalle“ eine Abendunterhaltung. Neben Männerchor des Gefangenenvereins „Ebenweh“ führten Mitglieder der Ortsgruppe Grünweilersbach das Drama „Die Kisten wieder“ auf; es sei an dieser Stelle nicht veräußert, den Mitwirkenden für ihre vorzüglichen Leistungen den besten Dank auszusprechen.

Wiesloch, 17. Febr. Ueber eine verführte gewaltsame Entführung zur Fremdenregion berichtet die Wieslocher Zeitung und teilt mit, daß der Schloßherrenbräutigam Martin Mayer aus Neuenberg auf der Landstraße von den Jünglingen eines Kraftwagens überfallen wurde. Die Unbekannten versuchten, den jungen Mann in das Auto zu zwingen, durch das Erscheinen eines Dritten wurden sie aber an ihrem Vorhaben gehindert. Das Auto soll auf der Straße nach Brudersfeld verbrannt sein.

e. Zusenhausen, 10. Febr. Der hiesige Arbeitergefangenenverein hielt am Sonntag, 13. Febr., seine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Bei Neuwahl der Vorstandschafft wurde der bisherige 1. Vorsitzende Franz Weingärtler wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden Theodor Baumann, zum Kassier Adolf Baumann, zum Schriftführer Jos. Gutschle. Der Vorsitzende Weingärtler dankte im Namen der Vorstandschafft für das entgegengebrachte Vertrauen und den ausgezeichneten Vorstandsmitgliedern für ihre aufopfernde Tätigkeit für den Verein. Seitens der Sänger und der Vorstandschafft sowie des Dirigenten setzte im Punkt Verschiedenes eine rege Diskussion ein. Dem Dirigenten sei für seine Mühe und Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Ralsdorf, 17. Febr. Einem furchtbaren Verbrechen ist man hier auf die Spur gekommen. Der seit etwa 14 Tagen vermißte Pfälzler Schnapp ist von seiner Tochter ermordet worden. Das etwa 15jährige Mädchen hatte seinen Vater den Haushalt geführt und war nach Freiburg zu seinem Liebhaber gereist und ist telegraphisch von der Abwesenheit des Schnapp unterrichtet worden. An der Suche nach dem Vermissten beteiligte sich dann auch das Mädchen und legte schließlich laut „Kont. Sta.“ ein Geständnis ab, in der Nacht zum 31. Januar den Vater durch drei Beiliebe g. Wiet und den Leichnam im Bett versteckt zu haben. Als Grund zu der Tat gab das Mädchen an, daß der Vater ihr das Geld für die Freiburger Reise verweigert habe.

Wibach, 17. Febr. Als der Lehrer Lauble abends in seine Wohnung zurückkehrte, wurde er im unteren Gange des Schulhauses von einem Unbekannten überfallen. In dem sich entspannenden Kampfe konnte sich der Unbekannte schließlich durch einen heftigen Schlag auf den Kopf von Lauble losreißen und entkommen.

Freiburg, 16. Febr. Ein Theaterprojekt. In einem geharnischten Zeitungsartikel wandte sich feinerseit der katholische Priester und Universitätsprofessor Dr. Krebs gegen verschiedene Bühnenstücke, welche die Freiburger „Volksbühne“ zur Aufführung brachte. Vom Schöffengericht wurde er dieserhalb wegen Beleidigung zu 60 M. Geldstrafe verurteilt. Seine Berufung führte heute zur kostenloßen Freisprechung durch die Strafkammer. Es wurde ihm der Schutz des § 183 R.S.G.B. zuerkannt, mit dem Einzujugan, er sei als Priester und Staatsbürger berechtigt gewesen, gegen Theaterstücke mit sittenverderbender Tendenz, wie sie z. B. „Der Gott der Rache“ enthalte, in scharfer Form anzukämpfen.

Lehrach, 16. Febr. Merkwürdige Marktstufen finden die Landfrauen, welche mit Eiern nach dem Erbacher Wochenmarkt kommen, einzubürgern. Sie machen den Verkauf davon abhängig, daß zu einem Paar Eier jeweils ein Pfund Hülsenfrüchte genommen d. h. gekauft werden müssen. Da aber die Preisvernahme seit Monaten von Kommissarverband reichlich mit Hülsenfrüchten versorgt wurde, sind die städtischen Hausfrauen über die Geschäftspraxis ihrer ländlichen Kolleginnen nicht sonderlich erbaut.

ii. San der badisch-schweizerischen Grenze, 16. Febr. Die Zahl der auf deutschem Gebiet wohnenden Arbeiter, welche drüben nach der Schweiz infolge der Valutabehältnisse hohe Löhne verdienen, nimmt mit jedem Tage mehr ab. Die abgelassenen Bälle werden gewöhnlich nicht mehr erneuert, höchstens noch Spezialisten für die sich in der Schweiz sehr schwer Ersatz beschaffen läßt, haben Aussicht, länger in der Schweiz als Arbeiter verbleiben zu dürfen. Die schweizerischen Behörden sind zu dem rigorosen Vorgehen durch die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande gezwungen. Auch weibliche Arbeitskräfte, welche sich als Hausmädchen, Kellnerinnen und Fabrikarbeiterinnen in Basel aufhalten, werden in steigender Zahl von der Ausweisung betroffen.

Biligo Lebensmittel

Cor edbeef . . . Pfund-Dose 7.50
 Prima Spellefett . . . Pfund 11.50
 Prima Schweineschmalz Pid. 13.50
 Estol Pfund-Tafel 13.—
 Ist. Tafelmargarine . Pfund 11.50
 Maccaroni . . . Pfund 9.50 und 8.50
 Gebr. Kaffee Pid. 25.— 22.50 19.—
 Roh. Kaffee . Pfund 18.— u. 17.—
 Kakao . . . Pfund 17.— u. 13.—
 Tee 1/4 Pfund 7.—
 Prima Vollreis . . Pfund 3.50 3.—
 Amerikanischer Quäcker-Gries Pfund 4.—
 Apfelsmus Kilodose 3.—
 Feinst. Salatöl Liter 20.— u. 21.—
 Ia. Tafelwein 1/2 Ltr. incl. Steuer 9.—
 Seltz 72 Proz. Pid.-Stück 9.50

A. Koppelkamp
 Delikatessen
 Kaiserstrasse 159 Eingang Ritterstrasse.

FLAMMER SEIFE
SEIFENPULVER
 in der altbewährten Friedensart
endlich wieder da!

BESTE u. BILLIGSTE
 WASCHMITTEL FÜR WASCHE u. HAUS
 KRAEMER u. FLAMMER HEILBRUNNEN

Gasthaus zum warmen Adler Hof Ettlingen

empfiehlt seinen neu renovierten großen Saal (ca. 20 Personen fassend) für Vereins- und Familienunterhaltungen.
 Lokal der „Frei u. Turner“ und „Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ für Speisen und Getränke ist bestens geeignet.

Hermann Sped
 Metzger und Wirt, früher „Zur Blume“.

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)

Geschirre-Reparaturanstalt
 Carl Strube, Dürerstr. 78, im Hof, Telef. 1421

Schneider n
 empfiehlt sich in allen Facharbeiten
 Metzgerstr. 31, pt.

Central-Lichtspiele
 Kari-Friedrichstr. 26 — Tel. 768.

Vampire
 Ab heute!

IV. Teil
 Episode 8:
Der Herr der Blitze

Personen: Philipp Wels, Redakteur u. Kriminalberichterstatler, Stefanus, d. Groß-Vampir, Venenos, d. Giftmensch, Irma Vop (Mitglieder der Vampire), Fridolin Mayer, früh Btrodienner, Vampirs Leichen-träger, Bubi-Layer, s. Sohn.

Theodor Zenker
 Kaserstr. 61
 gegenüb. der Hochschule

Hüte Sport-Artikel
 Mützen Umformen
 Schirme alter Hüte
 Stöcke
 Mützen-macherei Hut-macherei

Ettenheimmünster, 17. Febr. Der 69jährige Landwirt Hermann Hänsle stürzte durch ein morisches Brett von der Scheune ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Endingen (Reichstuhl), 17. Febr. In der Lederfabrik der Firma C. Loeck ist man umfangreichen Diebstählen in Höhe von 20 000 M auf die Spur gekommen, die von einem jungen Arbeiter verübt wurden, der vornehmlich Kalbfelle stahl und sie verkaufte.

Hobman (Bodensee), 17. Febr. Bei festigem Westwind wurde der Schiffsmann Josef Wagner in den See geworfen. Er geriet dabei unter sein Schiff und ertrank.

Aus dem Murgtal

Gaggenau. Aus dem Gemeinderat. Die Pflanzen auf dem neuen Friedhof sind nun gekauft und sollen alsbald gepflanzt werden. Die Arbeit wird unter den hiesigen Gärtnern vergeben werden. — In Bezug auf die Polzeianstellung wurde bestimmt: Ratsch ist Ratsdiener, Wehmann ist Polizeidiener, Kinner ist Ordnungsdienst, Stadelmaier ist Knecht, Leber einen neuen Stall für die Hengstbode als Anbau an den Jorrenstall bei der Bauhofstraße sind nun Pläne und Kostenüberschlag gefertigt. Der Kostenaufwand beträgt rund 20 000 M und wird aus Wirtschaftsmitteln bestritten. Sobald die Pläne genehmigt sind, soll der Stall gebaut werden. — Wegen Ausbau des zweiten Stockes der Bürgerhalle, wodurch 3 weitere Befehle gewonnen werden sind die Pläne dem Bezirksamt vorgelegt worden. — Die Verstellung der neuen Wege wird auf Grund der eingeholten Angebote übertragen; Jener an der Hauptstraße, von der Schillerstraße an aufwärts, an der Murgseite, ferner an der Wilhelmstraße nach Norden, zwischen Bahn und Landstraße, und an der Poststraße, Bahnseite, zwischen Bahnhofsgebäude und Friedhofstraße, dem Bauunternehmer Franz Größ hier; an der Poststraße, zwischen Friedrich- und Wilhelmstraße, beiderseits, dem Tiefbauunternehmer Anton Wehbecher in Cetschheim; die Plasterarbeiten an allen Weststraßen dem Plastermeister Glasfetter in Ralsch. — Die Hebammen wurden ermächtigt, die Gebühren für eine Entbindung auf 80 M zu bemessen. — Dieselben wurden weiter ermächtigt, auf Gemeindefolien die derzeitige Ausstellung über Geschlechtskrankheiten in Karlsruhe zu besuchen. — Ein Flechtling soll zur Aufnahme in die von Städtische Waisenanstalt in Baden-Dietschthal angemeldet werden. — Eine Beschwerde wegen Nichtzustellung einer eigenen Wohnung wird der Wohnungskommission zur Behandlung überwiesen. — Das Aufsuchen und Instandhalten der Kirchenuhr wurde dem Uhrmacher Engelbert Mayer übertragen. Die Uhr ist nämlich Eigentum der Gemeinde.

Aus der Stadt

*** Karlsruhe 18. Februar.**

Geschichtskalender

18. Februar. 1546 † Martin Luther in Eisleben. 1564 † Der italienische Bildhauer und Maler Michelangelo in Rom. 1880 † Der Dichter Leopold Schefer in Rustau.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Südstadt. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet auf dem Verbandsbüro Hüppertstraße 22, 3. St., eine kurze wichtige Besprechung statt, zu der die Komitieglieder und die Straßennobilität hiermit eingeladen werden.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von 1/2-1/2 Uhr Bücherausgabe in der Volkshandlung, Adlerstraße 16, Parteigenossen und Genossinnen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erweitert euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Das letzte Hemd

Aus der Wiener Arbeiterzeitung: „Eine Weibhaare auf der Straße. Vor der Augustinerkirche. Langsam schlurft sie durch den Kot dahin. Knapp vor dir bleibt sie stehen. „Witt ichon, könnt ich net a Tramwaykarten haben?“ Daraus ergibt sich ein Gespräch. Weit draußen in Sieging wohnt die Alte, Proletarierseite. 75 Jahre zählt sie, 48 Kronen Writinde hat sie und einiges von ihrem Sohn, der ein Eisenbahner ist. „Im Hof ist meine Wohnung. Wenn Sie es nicht glauben, kommen Sie zu mir. Jetzt muß ich in die Stadt, um ein bißl Essen, das ich geschickt bekomme. Ich brauche ein Hemd so notwendig. Wenn Sie wüßten, wie es aussieht. Ich schäme mich vor mir selber. So wahr als ein Gott im Himmel ist, das muß ich waschen und beim Ofen trocknen und dabei sitzen. Da müßt ich mir eins kaufen oder ich müßte stehen gehen. Das Geschäft werd ich nicht erst erlernen.“ So sagte sie in ihrer Nordmährer Mundart, die sie nicht verlernt hat, obgleich sie in Wien grau geworden ist vor Mühe und Sorge. Aber da gibt es noch immer „Mittelständler“, die vor Mittel mit sich selbst übertrieben, das schreckliche gedankenlose Wort sagen: „Ja, das Proletariat, das ist an all das gewöhnt — aber wir!“ Nein, daß die greisen Mütter nach neben ihrem letzten Hemd sitzen müssen, wenn sie es nach dem Waschen trocknen, nein, daran ist auch das Proletariat nicht gewöhnt.“

Obige Schilderung könnte sich gerade so gut in Deutschland zugetragen haben, denn nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland haben wir Proletariermütter, die für sich und ihre Kinder keine Kleidung haben. Als Beweis dafür mögen die Aussagen verschiedener Lehrer genügen, wonach viele Kinder nicht zur ärztlichen Untersuchung oder zum Baden wollen, weil sie kein Hemd auf dem Leibe haben. Aber anstatt das grauliche Elend dieser Bedauernswerten zu schildern, setzt ein heuchlerisches Speichelketerum Nachrichten über angebliches Hungerleiden der Hohenzollern in die Welt, wie z. B. die Hohenzollernfamilie nahe in Holland am Hungertuch, ja die ehemalige Kronprinzessin habe kein Geld, um für ihren Jungen eine neue Hofe zu kaufen, wie es in einer Potsdamer Zeitung zu lesen war. Mit solchen faulstid aufgetragenen Unwahrheiten sucht man die Mürhung Unbesangener und Dummer zu gewinnen. Jene Weibhaare ist ein Kriegsoffer geworden. Will einer ernstlich behaupten, daß Wilhelm ein Kriegsoffer sei? Wenn er ein Opfer ist, so das seiner höchstgelegenen Torheit und Selbstüberhebung.

Die Entrüstung des Oberkirchenrats Dr. Mayer über Schöpfkins Rede

In ihrer Besprechung der Versammlung im kleinen Festhallaal, in der Reichsminister Dr. Simon sprach, macht die amtliche „Karlsruher Zeitung“ auf einen recht charakteristischen Zwischenfall aufmerksam. Sie schreibt:

Und wenn auch der „deutschnationale“ Landtagsabg. Mayer mit allen Zeichen der Entrüstung darüber, daß Schöpfkin über

die Reparationsforderung eine Bemerkung sich gestattet hatte, die nicht im „deutschnationalen“ Agitationsstolz steht, den Seelverleß und damit das Anhören der weiteren, ehrlich national empfundenen Ausführungen des Redners verzichtete, so ändert das an dem Gesamteindruck, den der Verlauf der Versammlung hinterließ, gar nichts, sondern beweist höchstens, daß es bei den „deutschnationalen“ Heißhörnern selbst in dieser Stunde der Not immer wieder Rückfälle gibt in die Mentalität einer Periode, die doch nun eigentlich abgeschlossen hinter uns liegen sollte.“

Also, der Herr Deutschnationale und Oberkirchenrat hat sich entrüstet. Bei solch einem politischen Kleinräumer läuft das bischen Lopi eben schnell über. Er wird sich noch öfters ärgern müssen, der Herr Oberkirchenrat.

Der Herr im Hause!

Man schreibt uns: Der Inhaber der Druckerei G. Braun, Herr Dr. A. Knittel, hat durch seinen schroffen Unerschrockenheitspunkt es von jeder Vermutung, sich bei den organisierten Buchdruckergehilfen so unbeliebt wie nur möglich zu machen. Er geht in seinem Fall weiter, als der nackte Buchstabe des Gesetzes von ihm verlangt. Wenn seine Arbeiter von ihm verlangen, daß auch der Sinn, der jedem Gesetz zugrunde liegen soll, von ihm beachtet werden soll, dann kommt es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Arbeiter meistens den Kürzeren ziehen. So hat kürzlich der Betriebsrat eine Eingabe an die Firma gemacht, um eine Wirtschaftshilfe zu erhalten, da ja die Löhne im Buchdruckerwerk sehr niedrig sind. Diese Zumutung wurde mit Entrüstung zurückgewiesen. Das sei — tarifwidrig, der Tarifausschuß hätte alles bemilligt, was wir brauchen. Gegenwärtig kämpft das Sekretariat um seine Existenz; es soll verkürzt arbeiten oder acht junge Leute entlassen werden. Bei der jetzigen Löhnerung ist es aber eine Kunst, mit noch weniger Lohn auszukommen oder bei der großen Arbeitslosigkeit Arbeit zu erhalten. Die Kündigungen müssen auf Urteil des Schlichtungsausschusses zurückgenommen werden, aber verliert man gearbeitet werden, weil der Buchstabe des Gesetzes es so verlangt. Wenn der Sinn des Gesetzes Geltung hätte, wäre diese Härte gegen das Sekretariat nicht nötig, denn der Geschäftsgang ist in allen Abteilungen bis auf die Sekretariat sehr gut, bei den Sekretarinnen wird sogar in Afford gearbeitet, woran laut Tarif leider nichts zu ändern ist. Aufs Geld kommt es scheinbar bei all diesen Unfreundlichkeiten nicht an, es handelt sich nur um das Prinzip, den Arbeitern so wenig wie möglich entgegenzukommen. Bei alledem hat die Firma gut bezahlte mtlliche Arbeiter, bei ihr erscheint die amtliche „Karlsruher Zeitung“. Herr Dr. Knittel ist es gelungen, trotz seiner heimlichen Organisationsfeindschaft, in seinem Betriebe auch der letzten Arbeiterin die Augen zu öffnen; sie sind heute alle organisiert. Und es kommt einmal die Zeit, wo trotz Gesetz und Tarif das Schillerwort zur Wahrheit wird: „Wenn der Bedrückte nirgends Recht kann finden“ usw.

Alle Lehren der Revolution sind schon wieder vergessen. Der Arbeiter ist nicht der Profit alles! Herr Dr. Knittel hat einst den Ausdruck getan, an sozialer Gesinnung lasse er sich von niemand übertreffen. Natürlich nur in der Theorie. In der Praxis ist noch seiner Auffassung eine Wirtschaftshilfe unantastbar und jede seine Erhöhung der Löhnerzulage ruft den stärksten Widerstand hervor. Als Vorsitzender des süddeutschen Zeitungsbereitungsverbandes gab er kürzlich Anweisung, alle über den Tarif hinausgehende Forderungen der Gehilfen strikte abzulehnen! Wo bleibt da die soziale Gesinnung?

Eine Kundgebung der Technischen Hochschule zugunsten Oberschlesiens

fand am Mittwoch abend in der Festhalle statt. Der Besuch war ein recht guter. Es sprach Prof. Dr. v. Bederath über „Die Bedeutung der ober-schlesischen Bodenschätze für die deutsche Volkswirtschaft“. Er wies dabei auf die große Gefahr für die deutsche Wirtschaft hin, wenn Oberschlesien Deutschland verloren gehen sollte. — Als zweiter Redner verbreitete sich Prof. Dr. Schwabiger über „Die Bedeutung Oberschlesiens für die deutsche Technik“. Er schilderte in lebhaften Farben, was die deutsche Technik in Oberschlesien geleistet habe. Oberschlesien sei die Heimat der deutschen Technik, denn hier hätten die meisten ihrer praktische Ausbildung genossen. — Professor Baetzien wies an Hand der geschichtlichen Entwicklung nach, daß Oberschlesien deutsch ist. Die Polen suchten vergeblich den Nachweis zu erbringen, daß Polen ein historisches Anrecht auf Oberschlesien habe.

Nach einem begeisterten Schlusswort von Rektor Prof. Ammann gelangte eine Entschließung zur Annahme, die an die deutsche Abstammungskommission abgehandelt wurde und in welcher den Oberschlesiern in ihrem schweren Kampf herzliche Brudertrühe entboten und aufgefordert werden, an ihrem geschichtlichen Recht festzuhalten.

Grünwinkel. Einen sehr schönen Verlauf nahm die auf Mittwoch abend in den „Badischen Hof“ einberufene Parteiversammlung. Genosse Fißler hielt das einleitende Referat, in welchem er auf die gegenwärtige politische Lage einging, um am Schluß auf die zur Zeit schwebenden kommunalen Fragen überzugehen. An die Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, an der sich die Genossen Bantle, Busse, Wöhner, Reih, Sohn und Ganselmann beteiligten. Es wurde beschlossen, in eine traktierende Agitation für unsere Partei einzutreten, um insbesondere auch die heranwachsende Jugend dem Sozialdemokratischen Verein zuzuführen. Zu diesem Zwecke soll in nächster Zeit eine öffentliche Volksversammlung einberufen werden. Die sehr anregend verlaufene Versammlung konnte hierauf von dem Vorsitzenden Genosse Bantle geschlossen werden.

Gedächtnisfeier. Der Gesangverein „Kassalla“ macht auch an dieser Stelle auf die am Sonntag, 20. Februar 1921, vormittags 11 Uhr, im „Auerhahn“ stattfindende Gedächtnisfeier mit Liebesgabe der Gedächtnisfeier der gefallenen Mitglieder aufmerksam und ladet seine Mitglieder, sowie die Angehörigen der Gefallenen freundlich ein. Die Gedächtnisrede hat in dankenswerter Weise unser Mitglied Staatsrat Warum übernommen.

Erhöhung der Rationsmenge. Die an die versorgungsberechtigte Bevölkerung zu verteilende Rationsmenge wird von jetzt ab von 600 auf 800 Gramm auf den Kopf und den Monat erhöht.

Wohnt in eine Geisterwelt? Es liegt in den heutigen Verhältnissen, daß die Menschheit für philosophische, mythische und okkulte Fragen mehr Verständnis zeigt wie für praktische Lebensfragen. Diese Tatsachen wurden am Dienstag abend von neuem bestätigt, als Herr Dr. Karl Höder im Saale der „Vier Jahreszeiten“ über „Wohnt in eine Geisterwelt“ referierte, denn der Saal erwies sich als zu klein. Der Redner verteilte die Auffassung, daß sämtliche Verleugungen, in Wirklichkeit mit der Geisterwelt in Verbindung zu kommen, auf bewußter oder unbewußter Täuschung beruhen, jedoch ist er der Überzeugung, daß man von einer reinen Telepathie sprechen könne. Den Spiritualismus, der mit Wissenschaft und Forschung nichts gemein habe, verworft er grundsätzlich. Auf den Vortrag folgten einige Verleugungen und Experimente, die vorzüglich gelangen und zur Aufklärung viel beitrugen.

BDL. Lichtbildvortrag. Montag, 21. Febr., abends 8 Uhr, veranstaltet im großen Rathhaussaal die Karlsruhe. Männer-Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande einen Lichtbildvortrag des deutsch-österreichischen Finanzrates Dr. Stephan aus Wien über das sogenannte „Burgenland“, demjenigen von Deutschen besiedelten Teil Westungarns, der unter mehr durch den Frieden von St. German von der Entente dem deutsch-österreichischen Staat zugesprochen worden ist. Vom Standpunkt des geschichtlichen Staatsrechts aus mußte das Burgenland — auch „Heinzenland“ genannt — dem deutsch-österreichischen Staat zugesprochen werden. Dafür spricht aber auch das demokratische Prinzip der nationalen Selbstbestimmung. Denn die 800 000 Deutschen bilden die weitest überwiegende Mehrheit (78 Prozent) der Bevölkerung.

Badisches Landestheater. Für die Musikfreunde in Karlsruhe dürfte es von besonderem Interesse sein, daß in dem am 21. ds. Mts. stattfindenden Sinfoniekonzert des Bad. Landestheaterorchesters zum erstenmale Arnold Schönbergs, einer unserer Modernisten, mit 5 Orchesterstimmen zu Werke kommt. Diese 5 Orchesterstimme, die in ihrem Aufbau vollkommen zusammenhängen, kann man eigentlich als eine Sinfonie in einem Satz betrachten. Schönberg ist eine der interessantesten Erscheinungen der neuesten Richtung, für die in Berlin jetzt durch besondere Konzerte, in welchem nur derartige Kompositionen zum Vortrag gelangen. Wahrscheinlich werden sich die in der bekannten Unionistischen Streichquartette über die neuen Wege der Zukunft versuchten Ideen hier praktisch vollkommen ausgedrückt.

Lieder- und Duettabend Neugebauer. Es wird uns geschrieben: Unser einheimisches Künstlerpaar Neugebauer wird am 20. Februar 1921 abends 1/2 8 Uhr im Eintrachtssaal seinen letzten Lieder- und Duettabend geben, um sich bei dieser Gelegenheit gleichzeitig vom Karlsruhe Publikum zu verabschieden. Das Programm wirkt von den üblichen schon so oft im Konzertsaal gehörten vollständig ab und wird näheres noch bekannt gegeben werden. Um allen Anhängern der Kunst Gelegenheit zu geben, wird die Veranstaltung zu vollständigen Preisen stattfinden. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr. 10, Ed. Waldtr., Tel. 388.

Fußball. In den Spielen um den Verbandspokal treffen sich am kommenden Sonntag auf dem Sportplatz des Karlsruhe. Fußballvereins die beiden Lokalgegner Vf. B. und K. F. V. Die beiden verlorene Mannschaften ausbeißt, also auch eventl. bis zur Entscheidung gespielt werden muß, ist interessanter Sport zu erwarten. K. F. V. tritt zum erstenmal seit längerer Zeit wieder vollständig am Spielbeginn 1/2 8 Uhr.

Valuta-Bericht vom 17. Februar

Der Markkurs in der Schweiz notierte etwa 10,37% (Ein. Auszahlung Holland notierte 20,32 M per holl. G.; Schweiz notierte 9,79 M per schwe. Fr.; England notierte 230,75 M per holl. Sterl.; Frankreich notierte 4,35% M per frz. Fr.; New York notierte 38,85 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte vom 17. Februar 1921

Unter der Einwirkung des von Westen vorgezogenen Hochdruckausläufers ist gestern im Süden vielfach heiterer, unter Zug milde Winter aufzutreten. Der nördlich vorzuziehende Zug wird über keinen Einfluss bei uns nicht geltend machen. Voraussichtliche Wetterung bis Samstag nacht: Wolke, einzelne geringe Niederschläge, zeitweise aufhellend, geringe Wärmehaltung.

Schneebericht der badischen Landeswetterkarte vom 18. Februar

Mußstein 30—35 Zm. gefrorenen Schnees, bedeckt, 2 Gr. Nässe, Schnee gut. Hundst. 20 Zm. trodenen Schnees, bedeckt, windstill, 1 Grad Kälte, Schnee gut.

Briefkasten der Redaktion.

Dienstmädchen. Die Steuer darf nicht für mehrere Monate auf einmal abgezogen werden, sondern ein Abzug kann in Ihrem Falle nur für den letzten Monat erfolgen, da Sie für die vorhergehenden Monate schon entlohnt sind. Nebensächlich die meisten Herrschaften ihren Dienstmädchen erteilten sich eine Steuer ab.

K. Nr. 100. Reichswehrministerium (Marineabteilung), Berlin, Unter den Eichen.

Verbandsanzeiger

Kreier-Handwerker-Bund „Solidarität“ Gaa 22, 3. Bezirk, Sonntag, 20. Febr., Bezirkskonferenz in Redelsheim, 7.55 Uhr ab Karlsruhe. Für Fahrgeldfreiheit ob Graben ist gelobt. Die Bezirksleitung.

Karlsruhe (Naturfreunde) Montag, 21. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal Eibung der Führer- und Naturfreundeversammlung mit Erläuterung über die erste Hülfe bei Unglücksfällen.

Durlach (Turngemeinde) Sonntag, den 19. Febr., abends 1/2 8 Uhr, im Lokal „Ramm“ Mittagsversammlung. Voligängliche Erscheinungen erwünscht. Der Turnrat.

Bruchsal (Die Naturfreunde) Sonntag, den 20. ds. Mts. Golfplatz Obergröden-Gebirgsheim. Abmarsch 1 Uhr beim Prinz Max. Gaffe willkommen.

Badenbad (Sozialdem. Partei). Samstag abend 8 Uhr, Fortsetzung des Rotkreuzausfluges von Gen. Seeb. 278.

Oberkirch (Männergesangsverein „Eintracht“) Samstag, 19. Februar, 8 Uhr abends im Lokal Mittagsversammlung, anschließend gemütliches Familienbeisammensein. 278.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehausgeboite. Wilhelm Hof von Freiburg, Verwaltungsjunktor hier, mit Johanna Schmitzler von Frankfurt. Dr. Georg Düfer von Jfens, Arzt in Heidelberg, mit Emilie Schmitzler von Frankfurt. Arthur Wittenmann von hier, Feinmechaniker hier, mit Maria Bäcker von Vahrenwit, Philipp Blum von Durlach, Fuhrmann hier, mit Karolina Glahner Witwe von hier. Dr. Max Friedr. Ernst von Hürtigheim, Abteilungsleiter beim Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche hier, mit Wilhelmeher von hier. Ferdinand Dillipipi von Stemp, Schlosser hier, mit Marie Kar Witwe von Weinsberg. Karl Antos von hier, Kaufmann hier, mit Josefine Antos von hier. Hermann Demmele von Rastatt, Kaufmann hier, mit Anna Ede von Eulh. Joseph Bizer von Hofbad, Aufseher hier, mit Emma Schäfer von Salzgau.

Geburten. Karl Hans Jüngen, B. Dr. Karl Buchner, Rechtsanwält. Kurt Aug. Richard, B. Aug. Huber, Birm. W. Margarethe Gettrud Heresia, B. Albert Knauer, Kaufmann. Walter Karl, B. Stefan Spitz, Kaufmann. Emil Elisabeth, B. Friedr. Leuz, Schneider. Otto Karl, B. Arndt Weiß, Kaufmann. Hildegard Maria, B. Aug. Meier, Rej. Führer. Ernst Peter, B. Peter Volkmer, Major. Arb. Karl, B. Karl Löner, Schlosser. Beate Barbara, B. Gustav Birmele, Schlosser. Emma, B. Friedrich Moser, Schlosser.

Todesfälle. Rosa, alt 7 Mon., B. Arthur Weiermann, Grobwerkführer. Bruno, alt 2 Mon., B. Aug. Martin, Maschinen-schlosser. Jakob Diefenbacher, Rechnungsrat. Chemnitz, alt 56 J. Luise Vier, alt 81 J., Witwe von Julius Vier, Schlossermeister.

Grü... meind... überland... mit den... der Bedi... die Verm... Arbeit... gung e... nahe... erhöht... eine Zul... die Ver... ausdich... weis... überle... 14. und 1... für Geme... den abge... Kenntnis... dem Fort... Zonitheit... am Abort... Klüber a... schen der... Geffier e... halle w... ein größ... einstell... werden b... Anz. J... rot; Gr... Wäber; A... mündert;... wirt; Pa... Kaufmann... Gehebt. D... für das G... fünf von... fürmört... laut Reif... allmendw... 33 Quad... meier, der... 61 Fr... 17 Grödingen... die ewange... von den 64... ob sie das... 2... verband w... fungen... Schreiben i... der Vereini... angefragt... es sei dem... 60 B... in Frage 1... 14 in ge... diese Ausf... tet um eine... der bele... über Bote“... Bürgermeist...

Prim...
in bekan... garantier...
Cocostet
Prima S...
la Tafel...
Feste S...
Kaffee, 2...
Milch, 2...
Milch, 2...
Corned-V...
Prima V...
Weisser...
Apfelsm...
Wesslo Ti...
Karlsru...
Otto...
Gartensfr...

D. wa...
von 66...
A. Adler, Ed...
Grobtrü...
Schweizerfr...
Kantien...
Karl Luwig...
Steboldh...

Auf sämt...
Obst-
Gemü...
Konser...
10% Ra...
Hans Ki...
Kaiserstr. 10...
Telephon 97...
in der Hau...
Prompter Ver...

Strick - Garne
kaufen Sie am besten bei
Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153

Stadt. Freibank.
Fleischabgabe
Samstag 9-10 Uhr:
Nr. 2801-3859
1-100.



K.F.C. PHÖNIX
PHÖNIX - ALEMANNIA

Sporthaus Fasanaigarten.

Vereinslokal: Golden-
ner Adler, Karl-Fried-
richstraße. (Tel. 2596).

Postcheckkonto 28350

Girokonto:

Stadt. Sparkasse 3720.

Übungshalle: Marstall

Übungsstunden:

Dienstag und Freitag

Samstag, 19. Februar,

9 1/2 Uhr:

11. Jun. Bulach 11. Jun.

Sonntag, 20. Februar

10 Uhr vorm.

Phönix A. H. gegen

Sp.-Vgg. B.-Baden

1 Uhr:

1. Jun. gegen

F. C. Rastatt 1. Jun.

2 1/2 Uhr:

Pokal-Spiel

der ersten Mannschaft

gegen

Philippsburg.

3 Mannschaften in

Germersheim

3 Mannschaften in

Aue

1 Mannschaft in

Oettingheim

(Abfahrt 12 1/2 Uhr).

Leicht-Athleten

4 Uhr Phönix-Platz:

Handball - Wettspiel

gegen K. F. V. I.

Hallen-Training

für Junioren

jeden Mittwoch von

6-8 Uhr in der Zentral-

Turnhalle Bismarkstr.

Die neue Nummer der

Vereinszeitung liegt in

folgenden Geschäften

zum Abholen auf:

1. Zigarrenhs. Kühnel

Nachf. Durach Allee 1

2. Zigarrenhs. Töpfer,

Rüppurrerstraße.

3. Zigarrenhs. Schnei-

der, Zirkel 25a.

4. Zigarrenhaus Götz,

Waldstraße.

5. Sporthaus Beier,

Kaiserstraße.

(Mitgliedskarten sind

vorzuzeigen).

Pfannkuch & Co.

Preiswerte

Süßfrüchte!

Erbisen

ungeschält

Pfund 1.60

bei

10 Pf. 1.50

Erbiser

geschält

1/4 und 1/2

Pfund 2.10

bei

10 Pf. 2.-

Bohnen

Pfund 1.50

bei

10 Pf. 1.40

Einsen

Pfund 2.60

bei

10 Pf. 2.50

Pfannkuch & Co.

**Schreiben Sie
schlecht,**

dann verbess. Sie doch
ihre Handschrift
durch den bekannten
Spezialisten F. Buck,
Karlsruhe, Lessing-
str. 78. (Honorar 35 M.)
Tages- u. Abendkurse
Deutsch Latein, Rund-
schrift. - (Auswärts
brieflich.)

**Wäscherei
Schorpp**
verkauft auch

Neue Kragen.

LASSALLIA
KARLSRUHE
1895

Am Sonntag, den 20. Februar 1921, vor-
mittags 1/11 Uhr, findet im „Auerhahn“ zu
Ehren unserer gefallenen Mitglieder eine
Gedächtnisfeier
mit Uebergabe der Gedenktafel statt. Die Ge-
dächtnisrede wird unser Mitglied Herr Staats-
rat Warum halten. Wir laden hierzu alle Mit-
glieder und deren Familienangehörigen, beson-
ders aber die Angehörigen der Gefallenen
freundlichst ein. 2768 Der Vorstand.

Wilh. Heinert Nachf.
Inh. Frida Kraft
227 Kaiserstraße 227
empfehlen ihr reichsortiertes Lager in
**Hüten, Mützen, Krawatten
Handschuhen, Hemden, Kragen
Hosenträgern etc.**
sowie
Kontinentalen- und Kommunikanten-Artikel
zu billigsten Preisen. 2765

Dipl. Schreibtisch, massiv, buche,
eichen, Platte zu berl. Foto u. Anfertigung v. **Bohn-**
Schlaf- u. Küchen-Einrichtungen empfiehlt sich
Schreineri S. Schmitt, Grünwinkler, Mörcherstr. 8.

Tanzlehr. H. Vollrath Sofien
Institut **str. 23**
Beginn neuer Kurse.
Einzelunterricht, Mittags- u. Abendkurse
Geß. Anmeldungen nachmittags erbeten

Strick - Garne
kaufen Sie am besten bei
Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153

Billige Möbel
Schlafzimmer von 1900
an, Küchen-Einrichtungen
von 1100 M. an, einzelne
Küchengeräte, Kleiderbügel, Bettstellen, Nachtschub-
Küchengeräte, Vertikals, Divans ganz billig abzugeben.
Möbelgef. & Sofienstr. 152
Elektrische Halle, Sofien- und Schillerstraße, 282

Billige Lebensmittel!

Cornedbeef Pfd.-Dose 7.50
Prima Schweineschmalz
Pfund 13.50
la Speisefett Pfund 12.-
Estol Pfd.-Tafel 13.-
fst. Tafelmargarine Pfund 11.50
Maccaroni Pfund 10.- und 9.-
Gehr. Kaffee Pfd. 25.- 22.50 19.-
Rob. Kaffee Pfund 18.- u 17.-
Kakao Pfund 18.-
Tee 1/4 Pfd. 7.-
Prima Vollreis Pfund 3.50 3.-
Amerik. Quäkergrieß Pfd. 4.-
Apfelmus Kilo-Dose 3.50
Feinst. Salatöl Liter 21.-
la Tafelwein 1/2 Liter-Flasche 9.-
Seife 72 Proz. Pfd.-Stück 9.75

Paul Sand
Kolonial-Waren und Delikatessen
Sofienstrasse, Ecke Scheffelstr. Tel. 4257.

Preisabbau
ERZIELT

Anhydat
Sohlen-Leder

Anhydat ist echtes Leder
Anhydat ist schwarz - nicht grün
Anhydat hält zwei- bis drei-
mal solange wie langes Leder
Anhydat ist wasserdicht!

Wer sein Schuhwerk verbilligen will, verlange
Anhydat-Sohlen

Alleinige
Fabrikanten: **Anhydat-Leder-Werke A. G., Hersfeld**
Vertreter und Hauptlager: **Niederlager**

Homöopathie / Kombiniert / Spezialbehandlung alter
Magnetopathie / rationelles / chronischer langjähriger
Naturheilkunde / Heilverfahren / Leiden, 14jährige Praxis

Karl Teschke, Karlsruhe, Karl Wilhelmstr. 36, 1. Treppe.
Haltestelle der Elektrischen Georg-Friedrichstraße, Linien 4, 1 und 2.
Sprechstunden: Werktags 10-11 und 3-5 Uhr.
Epilepsie, Herz, Nerven, Magen, Darm, Leber, Nieren, Lungen-
leiden, Gicht, Rheumatismus, Flechten, offene Pfüle, alle Kinder-
krankheiten, Gallensteine, Hämorrhoiden, Frauenleiden, Kropf und
Magengeschwüre ohne Operation, Haut- und Geschlechtsleiden.

Neu eröffnet und renoviert!
Spanische Weinstube zur Loreley
Amalienstraße 46 Telephone 3274 Am Kaiserplatz
Garantiert reine spanische Herb- und Süßweine
Gute Küche :: Eigene Schlachtung
Freitag und Samstag
Schlacht-Tage. 2757
Sonntag morgen Schweinsknoche.

K. Frankonia
Karlsruhe
Telefon 8637. 2763

Samstag, 19. Februar:
3 Uhr: II. Schüler,
4 Uhr: I. Schüler
gegen
Südster-Schüler.
8 Uhr abends:
Spieler versammlung
mit Vortrag über
Handballspiel.

Sonntag, 20. Februar
Junioren
11 Uhr in Ettlingen.
I. Mannschaft
Pokal-Spiel
in Oos
Abfahrt 12 1/2 Uhr.
Ab 7 Uhr abends:
Zusammenkunft im
Lokal

Delfarben - Lackfarben
schnell trocknend - gebrauchsfertig
für Anstriche aller Art
Maler-Artikel
vorrätig
im Farbengeschäft, Waldstraße 15,
beim Colosseum.

Malerarbeiten!
Maler-, Anstreicher- und Zimmertapezier-
arbeiten werden billig ausgeführt von
Maler-gesellschaft Emil Dueschner, 2543
Werderstr. 35 (Wohnung Schützensir. 18)

Bauhund-Möbel
Kaufen Sie
preiswert und schön
gegen Barzahlung oder
erleicht. erste Zahlungsbedingung
bei der gemeinnützigen Bauhandwerks-
Badischer Bauhandwerk C. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
(ehemals Hundellplatz), Fernspr. 5167.
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.

WELT-KINO Kaiserstraße
133. 2754

Nur noch 3 Tage
Der unterirdische Tempel
Der 5. Film der „Nirvana“-Serie. Detektiv-Sensations-Aben-
teurer-„Schlager“ in 6 Akten. Uebertrifft alles bisher Gezeigte.
Sonntag unwiderrücklich letzter Tag.

Ia Schweineschmalz Pfd. 13.00
einzelne das Pfund Mk. 13.20, empfiehlt
H. Koch, Sofienstr. 8, n. d. Karlstor.

Freitag, den 18. Februar
Landestheater **Konzerthaus**
Iphigenie auf Tauris **Volksbühne L 6**
(Oper) **Pension Schöller**
7- nach 9 1/2 Uhr. M. 17. 7-9 Uhr.

Im Landestheater Spielplan vom 19.-28. Febr.
„Judith“ 6/7, (12.-) - So. 20. „Margarete“ 6 (20.-) -
Mo. 21. V. Sinfonie-Konzert. Dirigent: Fritz
Cortolezis. Solistin: Karoline Lankhout. 7 (6.-) -
Die 22. „Lakme“ 7 (17.-) - Mi 23. „Madame
Butterfly“ 7 (17.-) - Do. 24. „Margarete“ 6 (17.-) -
Fr. 25. „Iphigenie auf Tauris“ (Schauspiel)
7 (12.-) - Sa. 26. „Judith“ 6/7 (12.-) - So. 27.
„Die Meistersinger von Nürnberg“ 4/5 (25.-) -
Mo. 28. Volksbühne J 6 „Der Evangelmann“
7 (17.-) - nur Stehplätze vorhanden.
Im Konzerthaus. So. 20. Zwanzigstuartierung
7 (11.-) - Die 22. Volksbühne
L 7 „Pension Schöller“ 7 - Fr. 25. Volksbühne
L 8 „Pension Schöller“ 7 - So. 27. „Die Jour-
nalisten“ 7 (11.-)
Umtausch der Vorzugskarten und Vor-
kaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten
am Samstag den 19. Februar nachm. 4-5 Uhr
allgemeiner Verkauf von Mont. den 21. Febr. an

Wo taufe
ich meine geistl. Kinder,
Hebräischer, Russen,
Polen, Weichseln, Wäbel
u. s. w. bei
H. Schop
2186 Kaiserstr. 67
Ein. Waldhorstr.

„Friedrichshof“
Samstag und Sonntag abend
Anfang 7 1/2 Uhr:
KONZERT
mit
humoristisch. Vorträgen
Arbeiter! Werdet für den
„Volksfreund“.

Roten zahlung
in Nähmaschinen für alle
Gebräuche, Fahrräder,
Zusat. Anzeiger u. Anzei-
gerbäder. 2737

S. Jähner
Brennstoff, Reuthorstr. 1.

1. VfV. Sport-Klub Germania-Sportfreunde
Karlsruhe.

Geschäftsstelle: 12
Kapellenstrasse 12

Sonntag, 20. Februar
Managersportfest
um die Ganneler-
schale im Stemen-
und Klagen
Germania-Spo. für Junge
gegen
Sportverein Wehrmann
in der Reithalle des
früheren Marstalls.
Anfang 3 Uhr.
Nach Schluss gemäch-
liches Beisammeln
sein im Lokal.

Samstag, 20. Februar
punkt 7 Uhr
Monatsversammlung
im Lokal.
Mitglieder u. Freunde
sind herzlich ein-
geladen. 2766

Stadt- und Landessport
u. Berühmter-
tennisfest für die
beide monatl. 6-8 Uhr
Sofienstr. 152, n. d. Karl-
storstr. 152. Grabow Markt.

Karlsruher
Fußball-Verein.
e. V.
Schirmherr:
Prinz Max v. Baden.
Geschäftsstelle:
Karlstr. 6. Tel. 4846.
Sonntag, den 20.
Februar 1921
auf unserem Platz
1/3 Uhr
I. Mannschaft
Pokalspiel
gegen
V. f. B. I.
1 Uhr
II. Mannschaft
gegen 2771
Germania Brötzing n. l.

Pfannkuch & Co.
Gulisch
1/2-Pfund-Dose
Kart 10.-

Cornedbeef
im Aufschnitt
1/2 Pf. 2.50
Kart 2.50
keine Dose
früher 1 Pfund
engl. 7.25
Kart
Zuversamml.
Rindfleisch
1/2-Pfund-Dose
Kart 10.-